

**Mitteilung
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
an die Europäische Kommission
vom 15.09.2009**

**Weissbuch Modernisierung der IKT-Normung in der EU: der Weg in die Zukunft
(Kommissionsdokument – KOM (2009) 324 endgültig)**

Aktenzeichen BMWi: VI B 5 – 38 71 02

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich der Kommission zum Weissbuch Modernisierung der IKT-Normung in der EU: der Weg in die Zukunft folgende Stellungnahme zu übermitteln:

1. Generelle Anmerkungen:

Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt die Absicht der EU-Kommission, die Normung und Standardisierung im Bereich der europäischen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) zu modernisieren und dabei den schnellen technologischen Entwicklungen und den daraus resultierenden Anwendungen Rechnung zu tragen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Bundesregierung sieht dabei die notwendigen Anpassungen im Bereich der IKT als Bestandteil einer Neuausrichtung der europäischen Normungs- und Standardisierungspolitik und der entsprechenden Strukturen insgesamt an, wie sie durch die Arbeiten bei EXPRESS und auch die Prozesse bei FLES vorgesehen sind. Dies ist schon deshalb geboten, weil IKT zunehmend andere Technologien und Branchen durchdringt.

2. Anmerkungen im Einzelnen:

Punkt 1:

In Absatz 2 hält die Bundesregierung die pauschale Trennung zwischen von der Wirtschaft einerseits und von der öffentlichen Hand andererseits favorisierten Normen nicht für sachgerecht. In einer Vielzahl der Fälle dürfte hierbei die Interessenlage gleichgerichtet sein. Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund der bestehenden rechtlichen Anforderungen die Formulierung, dass Behörden bestimmte Arten von Normen „bevorzugen“ missverständlich ist.

...

In den allgemeinen politischen Zielen wird die Bedeutung von IKT-Normen insbesondere für KMU hervorgehoben (Spiegelstrich 2). Die Bundesregierung teilt die Auffassung, dass KMU in die Erarbeitung von Normen und Standards im Bereich IKT stärker eingebunden werden sollten und der diskriminierungsfreie Zugang zu Normen eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes ist. Die Europäische Kommission sollte diesen Ansatz in der Umsetzung des Weißbuches aufgreifen und konsequent umsetzen.

Die Bundesregierung unterstützt ebenso die Zielstellungen zur Verbesserung von Qualität, Kohärenz und Konsistenz von IKT-Normen (Spiegelstrich 6). Vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl von Foren und Konsortien im Bereich der IKT-Normung und – Standardisierung erlangt dieser Aspekt besondere Bedeutung. Die Bundesregierung ist deshalb der Ansicht, dass diese Zielstellung zwingend auch in die Kriterien und Merkmale wie sie im Punkt 2.1. dargestellt sind, aufzunehmen ist.

Die Bundesregierung begrüßt und unterstützt die Absicht der EU-Kommission, die IKT-Normungs- und Standardisierungspolitik auf europäischer Ebene zu verbessern. Für den ersten Spiegelstrich (Seite 4) schlägt die Bundesregierung folgende Formulierung vor (sprachliche Änderung):

Formulierung einer IKT-Normenpolitik, die der globalen Dynamik und den Anforderungen des IKT-Sektors entspricht und die die unterschiedlichen Anforderungen an Infrastruktur und Anwendungsbereiche widerspiegelt.

Punkt 2.1

Die Bundesregierung unterstützt und befürwortet den Ansatz der Kommission, Merkmale festzulegen, die für Normungsprozesse und in Normen selbst angewendet werden sollen.

Die Bundesregierung betrachtet die vorgeschlagene Liste der Merkmale nicht als abschließend. So hält es die Bundesregierung für dringend erforderlich – wie bereits oben erwähnt – auch das ebenfalls von der WTO vorgegebene Merkmal der Kohärenz in den Kriterienkatalog aufzunehmen. Dabei ist es aus Sicht der Bundesregierung auch notwendig, den Begriff der Kohärenz zu definieren. Auch die übrigen Merkmale müssen inhaltlich eindeutig definiert werden.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass es darüber hinaus auch transparenter Verfahren einschließlich eines Einspruchsverfahrens bzw. Konsultierungsverfahrens zur Einhaltung und Durchsetzung dieser Merkmale bedarf.

Entsprechend sollte die Empfehlung (a) zu Abschnitt 2.1 ergänzt werden um das Merkmal der Gewährleistung der Kohärenz sowie die Erarbeitung und Anwendung von Verfahren zur Einhaltung und Durchsetzung der genannten Merkmale.

Die Bundesregierung sieht die Notwendigkeit, bei der Ausgestaltung des Merkmals „Rechte an geistigem Eigentum“ einen Ausgleich der berechtigten Interessen des Rechteinhabers und des Interesses an einem freien, ungehinderten Wettbewerb zu erreichen. Die Referenzierung von Normen in Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen darf nur wettbewerbsneutral, also weder diskriminierend noch privilegierend, erfolgen.

Im deutschen Text muss es beim Merkmal „Rechte an geistigem Eigentum“ heißen: Lizenzen an geistigem Eigentum[...], werden an Nutzer (statt Anmelder) auf [...] (sprachliche Klarstellung im Text).

Punkt 2.2

Die Bundesregierung unterstützt die Empfehlungen der Kommission ausdrücklich. Normen und Standards sind – neben einer Kostenreduzierung – auch geeignet, Kompatibilität und Interoperabilität zu bereits existierenden, aber auch in der Zukunft zu beschaffenden Komponenten und Systemen zu gewährleisten.

Punkt 2.3

Die Bundesregierung stimmt den Empfehlungen zu.

Die Bundesregierung hält es für notwendig, Normungs- und Standardisierungsaspekte verstärkt bei der Erarbeitung, Ausschreibung und Evaluierung von öffentlichen europäischen Forschungs- und Technologieprogrammen zu berücksichtigen. Auf nationaler Ebene verfolgt die Bundesregierung diesen Ansatz bereits in einer Reihe von Programmen und Initiativen.

Die Empfehlung (d) zu Abschnitt 2.3 sollte dahin ergänzt werden, dass Fragen der Normungs- und Standardisierungsrelevanz auch als Vergabe – und Evaluierungskriterium in die Forschungsrahmenprogramme der Kommission aufgenommen werden.

Punkt 2.4

Die Bundesregierung unterstützt die Empfehlungen der Kommission nachdrücklich. Nach Meinung der Bundesregierung muss die Lizenzierung von IKT-Patenten/Rechten mindestens zu RAND-Bedingungen erfolgen.

Die Bundesregierung unterstützt den Ansatz, bei Normen, auf die in Rechtsvorschriften und in der Politik Bezug genommen wird, ein – vorbehaltlich urheberrechtlicher Ansprüche (vergleiche Ausführungen zu Punkt 2.5) - gebührenfreies Konzept anzuwenden.

Im Sinne von Transparenz und Berechenbarkeit - Ziffer 3 der Empfehlung - hält es die Bundesregierung für erforderlich, vor der Annahme einer Norm die restriktivsten Lizenzierungsbedingungen einschließlich der Lizenzgebühren anzugeben.

Nach Auffassung der Bundesregierung sollten die RAND-Bedingungen und die ex-ante-Bekanntgabe von geistigen Eigentumsrechten auch auf Foren und Konsortien angewendet werden.

Die Bundesregierung weist jedoch darauf hin, dass eine Verpflichtung zur Offenlegung lediglich in Bezug auf gewerbliche Schutzrechte besteht. Urheberrechtliche Werke oder sonstige Schutzgegenstände werden bereits mit dem Zeitpunkt ihrer Erschaffung geschützt.

Dementsprechend gibt es in Deutschland kein Registrierungserfordernis. Aus urheberrechtlicher Sicht erscheint es dringend geboten, an dieser Formfreiheit, die auch durch internationale Verträge wie die revidierte Berner Übereinkunft vorgegeben ist, festzuhalten. Im Übrigen sind Urheber weder nach deutschem noch nach europäischem Urheberrecht zur Veröffentlichung ihrer Werke verpflichtet.

Die Bundesregierung bittet die Kommission, das Verhältnis und die Wechselwirkungen von Normung, Standardisierung und geistigen Eigentumsrechten sowie Wettbewerb weiter inhaltlich zu untersuchen.

Punkt 2.5

Nach Auffassung der Bundesregierung ist die Darstellung auf Seite 9 unten nicht korrekt. Das Fachwissen für die IKT-Normung liegt eindeutig bei den in der Normung und Standardisierung aktiven Experten, unabhängig davon, in welchen Gremien sie mitarbeiten - ENO oder Foren/Konsortien.

Die Bundesregierung unterstützt die Empfehlung der Kommission, in EU-Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen auch auf Normen und Standards von Foren und Konsortien Bezug zu nehmen, wenn die jeweilige Norm und die zugehörigen Prozesse den Erfordernissen gemäß den Kriterien in Pkt. 2.1 ergänzt um die Kriterien Kohärenz und Einspruchsverfahren entsprechen.

Dazu sollte die Kommission ein Verfahren für eine entsprechende Bewertung einrichten. Dies gilt zunächst für Verfahren, mit denen die in Absatz 4 auf Seite 10 angesprochenen Fälle identifiziert werden können, in denen „mit Sicherheit keine Gefahr der Überschneidung mit den Tätigkeiten der ENO [...] besteht“.

Die Bundesregierung ist außerdem der Auffassung, dass allein die positive Beurteilung der in Punkt 2.1 genannten Merkmale für eine Bezugnahme der Normen von Foren und Konsortien nicht ausreichend ist. Entsprechend sollte die Einrichtung geeigneter Verfahren im letzten Absatz auf Seite 10 vor der Empfehlung (h) in Abschnitt 2.5 zwingend und nicht optional vorgesehen werden. Schließlich sollte die Empfehlung (h) in Abschnitt 2.5 auch die positive Beurteilung hinsichtlich effektiver Verfahren zur Einhaltung und Durchsetzung der genannten Merkmale berücksichtigen.

Um eine Verbreitung von privaten Normwerken zu sichern, regt die Bundesregierung dringend an, die urheberrechtliche Schutzfähigkeit privater Normen bei den Empfehlungen der Kommission beziehungsweise etwaigen legislativen Vorschlägen zu berücksichtigen und entsprechend zu differenzieren: Genießt ein privates Normwerk urheberrechtlichen Schutz, darf das Werk grundsätzlich nur mit Einwilligung des Verfassers verwertet werden. In diesem Falle sind sowohl die berechtigten Interessen der Allgemeinheit an der ungehinderten Verbreitung der Norm als auch die Interessen der Schöpfer des Textes zu berücksichtigen. Im deutschen Urheberrecht behält der private Normgeber unter bestimmten Voraussetzungen das Urheberrecht an seinen Normen, auch wenn diese in staatliche Rechtsakte aufgenommen werden (§ 5 Abs. 3 Satz 1 des Urheberrechtsgesetzes - UrhG -). Der Interessenkonflikt wird dadurch zu einem angemessenen Ausgleich gebracht, dass der Urheber des privaten Normwerks verpflichtet wird,

jedem Verleger zu (wirtschaftlich) angemessenen Bedingungen ein Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung einzuräumen (Zwangslizenz, § 5 Abs. 3 Satz 2 und 3 UrhG). Ist ein Dritter Inhaber des ausschließlichen Rechts zur Vervielfältigung und Verbreitung, so wird er zur entsprechenden Einräumung des Nutzungsrechts verpflichtet.

Punkt 2.6

Die Bundesregierung unterstützt die Empfehlungen der Kommission.

Nach Auffassung der Bundesregierung muss aber die Mitwirkung der Mitgliedstaaten in der einzurichtenden Plattform gewährleistet sein und ein verstärkter Einfluss einzelner lobbystarker Interessengruppen muss ausgeschlossen sein.

Die Bundesregierung empfiehlt zu prüfen, ob und in welcher Weise eine Anbindung des ICTSB an SOGS möglich ist.

Die Bundesregierung bittet die Kommission um Klärung, in welcher Art und Weise bzw. durch welches Gremium die Überprüfung der Anwendung der Merkmalsliste auf die Prozesse und Normen von Foren und Konsortien erfolgen soll. Es bestehen Zweifel, dass die vorgeschlagene Plattform diese Arbeit leisten kann und dafür die erforderliche Legitimation besitzt.